

"Demokratie ist eine Sichtbarkeitsmaschine"

Autor(en): **Stieger, Johannes**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Saiten : Ostschweizer Kulturmagazin**

Band (Jahr): **18 (2011)**

Heft 201

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-884700>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

«DEMOKRATIE IST EINE SICHTBARKEITSMASCHINE»

Das International Institute of Political Murder lädt zusammen mit dem Theater St.Gallen den ganzen Mai hindurch zur Debatte über die Ausländerpolitik ein.

Milo Rau spricht – als Vertreter der künstlerischen Leitung – über das hiesige Demokratieverständnis und die Möglichkeiten der Kunst.

VON JOHANNES STIEGER

SAITEN: Mit dem Projekt «City of Change» soll die Ausländerpolitik des Kantons St.Gallen umgemodelt werden. Es ist ein grosser Auftritt nach dem Scheitern des ursprünglichen Projekts letzten Frühling, nach dem so genannten St.Galler Theaterskandal. Seid ihr nervös?

MILO RAU: Nein. Der Streit um das Projekt war das Gegenteil davon, wie man miteinander umgehen und reden sollte. Ein Missverständnis wurde medial verstärkt, und es bildeten sich Parteien, die nicht mehr über Inhalte, sondern über Abgrenzungen redeten – das läuft oft auch in der Politik so. Es war deshalb ein logischer Schritt, sich zu fragen, wieso andere Stimmen wie jene von Vica Mitrovic erst am Schluss ein Podium bekamen. Wir wollen mit City of Change die Diskussion öffnen, uns gemeinsam fragen, wie man in einer Demokratie zusammenleben will.

Inwiefern?

Was heisst es, gemeinsam zu entscheiden? Wie kommen wir dazu, von Demokratie zu reden, wenn dreissig Prozent der Bevölkerung durch ihren Ausländerstatus nicht abstimmen und wählen können? Dazu kommt die allgemeine Politikverdrossenheit. Der demokratische Geist der Schweiz äussert sich meist nur auf eine hysterische Art, wenn Kampagnen wie die Ausschaffungsinitiative lanciert werden. Da gibt es dann nur wenig Raum für Argumente.

Ihr lanciert eine Petition zur Einführung des Ausländerstimmrechts. Ihr operiert mit bürgerlichem Vokabular, also überdeutlich.

Ja, denn wir wollen uns grundsätzlich damit befassen, in was für einer Gesellschaft wir leben und was wir überhaupt noch Demokratie nennen können. Uns erscheint es wichtig, auf die eigentliche schweizerische Utopie bei der Gründung unseres Bundesstaats Bezug zu nehmen. In einem Umfeld von Nationalstaaten, die sich rassistisch begründeten, definierten wir uns damals über den Begriff des Willens. Die Bevölkerung hält seither der Viersprachigkeit zum Trotz mehr oder weniger zusammen, die Schweiz hat sich nie über ausschliesslich eine Kultur definiert. In den letzten Jahren kam es jedoch zu einem Bruch mit diesen Werten: Positionen, die ganz klar demokratiefeindlich sind, wurden mit Wörtern wie Schweiz und Demokratie zementiert.

Also eine Aneignung eigentlich positiver Begriffe?

Genau. Ich glaube, dass die Idee der Schweiz als Willensnation eine sehr gute Idee ist. Wenn man also sagt: Die Leute,

die sich zu diesem Zeitpunkt hier befinden, die gehören zusammen. Zu sagen, wir haben zwar keine gemeinsame Sprache und Kultur, aber trotzdem bilden wir eine Gemeinschaft. Wenn man über die Schweiz und über Demokratie redet, sollte man auf diese Werte zurückkommen, die in meinen Augen durch einen rassistischen, unschweizerischen Diskurs verloren gingen, der aber natürlich auch verständlich ist.

Wieso verständlich?

Ich meine das psychologisch, von einem soziologischen Standpunkt aus. Wenn ich beispielsweise in eine Serbendisco gehe, bin ich ein Fremdkörper. Als Reaktion könnte ich nicht mehr dahin gehen oder sogar versuchen, diese Leute zum Verschwinden zu bringen. Oder ich muss lernen, mit dem Nebeneinander umzugehen. Die Schweiz ist ja in Europa das Land, das traditionellerweise mit einer vielsprachigen, multikulturellen Situation vertraut ist. Daraus folgt unsere Bezugsname in der «City of Change» auf die klassischen Mythen unserer Willensnation. Wir versuchen Symbole, die im Kern positiv gedacht sind, zurückzuholen und aus heutiger Sicht zu reflektieren. Dass man mal gesagt hat, wir lassen uns nicht von irgend jemandem regieren, sondern diejenigen, die hier wohnen, bestimmen – und zwar alle miteinander. Diese Idee wollen wir hervorheben. Ich meine, die kosovo-albanische Bevölkerung in St.Gallen kriegt man nicht wirklich mit, man lebt in völlig abgeschlossenen Welten. Wir wollen ein Bewusstsein für die Realitäten schärfen in unserer Stadt.

Diese Rütlichschwur-Ästhetik könnte aber auch abschrecken.

Das Anliegen der Petition ist es, zu sagen, dass wir als Schweizer eine demokratische, freiheitliche Tradition haben, keine rassistische, angsterfüllte. In meinen Augen gehört die Demokratie wesentlich zur Schweiz. Es geht also klar um die Wiederaneignung eines Diskurses, aber im Heute und im Jetzt. Ich beschäftige mich zurzeit stark mit Ruanda, und dort herrschte vor dem Genozid 1994 eine ethnische Demokratie. Man sagte sich: Die Hutus sind die Mehrheit, und darum müssen sie an der Herrschaft sein, was der Rest denkt, ist egal. Eine wahre Demokratie schliesst jedoch alle ein.

Wir leben in einer ethnischen Demokratie?

Faktisch ja. So wie wir bis 1971 in einer patriarchalen Demokratie gelebt haben, da die Frauen kein Stimmrecht hatten. Wir sind momentan rein statistisch an einem Punkt, wo man sich für oder gegen die demokratische Tradition unse-



Bild: pd

res Landes entscheiden muss. Natürlich könnte man sagen, wir haben eine ethnische Mehrheits Herrschaft, und die ziehen wir jetzt durch. Ich bin aber überzeugt, dass man in zwanzig Jahren genauso verwundert und betroffen auf unsere derzeitige Situation zurückschauen wird, wie ich heute darauf zurückschaue, dass meine Mutter drei Jahre lang kein Stimm- und Wahlrecht hatte nach ihrer Volljährigkeit. Das darf in einem Staat, der sich demokratisch nennt, nicht sein. Der Integrationsbeauftragte vom Kanton, Beda Meier, erzählte mir von St. Margrethen mit einem Ausländeranteil von gut 44 Prozent. Dessen Gemeindepräsident sagte, im Grunde sei die Gemeinde mit dem momentanen Stimm- und Wahlrecht unregierbar. Dagegen muss institutionell etwas unternommen werden.

Die Gemeinden hätten die Möglichkeit, das Ausländerstimmrecht einzuführen. Im appenzellischen Wald funktioniert es ja bestens.

Es ist mir auch ein Rätsel, warum nicht mehr Gemeinden diesen Weg gehen. Die sechziger Jahre stellen wir uns als total befreite Zeit vor, aber fünfzig Prozent konnten nicht abstimmen, weil sie weiblich waren. In Ruanda redete man sich ein, dass die Minderheit die Macht übernehmen wolle und dass man sie im Namen der Freiheit unterdrücken müsse. Wenn man sich aber für die Demokratie entscheidet, muss man den Grundsatz ernst nehmen, dass sie die Herrschaft der gesamten Bevölkerung ist.

Was würde sich mit dem Ausländerstimmrecht politisch ändern?

Ich glaube nicht, dass die Welt auf kurze Sicht besser oder liberaler wird, das war direkt nach der Französischen Revolution auch nicht so. Höchstwahrscheinlich würden die konservativen Kräfte sogar zulegen. Aber die Demokratie muss sich dem aussetzen. Vor der Revolution 1789 dachte die französische Regierung, der Dritte Stand sei grundsätzlich zufrieden. Er musste zwar wahnsinnig hohe Steuern bezahlen und hatte keine politischen Rechte, aber das war egal, weil diese Leute ja ungebildet waren, in halb mittelalterlichen Denkmustern festhängten und auch kein Hochfranzösisch redeten. Also alles Integrationsargumente, die wir auch kennen. Dann kam die Revolution, völlig überraschend. Wir haben also die Wahl: Entweder lassen wir es soweit kommen, bis unsere Gesellschaft wirklich endgültig gespalten ist oder wir tragen die Widersprüche offen aus. Ich glaube, Demokratie ist eine Sichtbarkeitsmaschine, was sichtbar wird, ist jedoch schwer vorauszusehen. Darum ist bei unserem Projekt Repräsentation ein wichtiger Punkt: Wie können wir die ganze Bevölkerung repräsentieren? Wer kommt zu Wort und über welche Kanäle?

Was sind die Kanäle?

Wir produzieren kleine Fernsehsendungen und werden im öffentlichen Raum aktiv – und natürlich werden wir auch

versuchen, dass die Medien unsere Anliegen aufnehmen. Zentral sind aber die drei Demokratiekonferenzen. Bei der abschliessenden werden wir diskutieren, was bei politischen Themen die Rolle des Theaters, von Kunstschaffenden sein könnte.

Was ist deine Antwort?

Ich sehe den Künstler als engagierten Staatsbürger, der vielleicht ein bisschen besser weiss, wie er sich Gehör verschafft.

Ist die Kunst gegenüber der Politik im Vorteil?

Die Politik hat das Problem, dass schnell Abstimmungshysterien ausbrechen. Oder aber, dass alles über Verwaltungsmechanismen gelöst werden soll und man gar nicht mehr an die sprudelnden kreativen Quellen der Demokratie herankommt. Als Künstler, ohne Notwendigkeit, einer Partei anzugehören, kann man sagen: Lasst uns mal offen darüber reden. Das ist natürlich einfacher, wenn man keinen Sitz zu verteidigen hat.

Diejenigen, um die es schlussendlich geht,

kommen bei euch aktiv aber eher am Rande vor.

Nun ja, momentan wird fast jedes Jahr über die Ausländer abgestimmt, ohne sie nach ihrer Meinung zu fragen. Das wollen wir ändern. Aber es ist eine klassische kulturwissenschaftliche Frage, was der künstlerische Blick ausrichten kann. Ich glaube, die Kunst ist dazu da, symbolische Handlungen zu vollbringen und damit Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen: Wir wären fähig, das Ausländerstimmrecht sofort einzuführen. Aber man schaut erst, ob die Integrationsmassnahmen greifen, in zehn Jahren geht man dann mal in die Vernehmlassung und so weiter. Durch die Kunst lässt sich Leben und Tempo in die Sache bringen.

Eure symbolischste Handlung ist das Einspielen des Songs «We are the world» von Michael Jackson und Lionel Richie. Manchmal habe ich das Gefühl, dass man beim Theater gerne einsingt, wenn es ernst wird. Ich glaube, dass das Arrangieren und Einspielen des Songs wichtiger ist als das Endprodukt. Vom Hackbrett bis zur Ude werden verschiedenste Instrumente zu hören sein. Zudem wird der Song in unterschiedlichen Stadtteilen mit Leuten aus mannigfachen Kulturen aufgenommen. Einem Bedürfnis soll auf breiter, verständlicher Ebene Ausdruck verliehen werden. Zudem: Es ist ein grossartiger Song!

«City of Change» kommt sehr positiv, sogar freudig, daher. Das passt eigentlich nicht so zur Schwere anderer Projekte von euch, beispielsweise der Inszenierung des Ceaușescu-Prozesses. Wäre es ohne den Skandal ein anderes Projekt geworden?

Bei mir hat schon ein Umdenken stattgefunden. Und zwar diesbezüglich, dass man vermehrt den Blick auf die Realität werfen muss: So ist es, und nun müssen wir uns positionieren. Das ist das Bejahende am Projekt. Man kann Tatsachen doch nicht abstreiten. Man muss sich ihnen stellen.

Johannes Stieger, 1979,
ist Redaktor bei «Saiten».

Infos zu den Veranstaltungen des City-of-Change-Projekts finden sich im «Saiten»-Kalender. Sie sind markiert. Mehr Infos: www.city-of-change.ch
Auch sichtbar gemacht sind vom Projekt unabhängige Veranstaltungen, die sich ebenfalls mit dem Thema befassen.